

Pressemitteilung der ödp Bayern

Kandidatenaufstellung bei der ödp: Buchner, Erös und Suttner treten für die bayerische ödp zur Europawahl an

Einsatz gegen genmanipulierte Lebensmittel und gegen EU-Förderung für osteuropäische Atomreaktoren - „EU-Reformvertrag ist Demokratie-Abbau“ - Klage in Karlsruhe

Der ödp-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Klaus Buchner tritt als Spitzenkandidat zur Europawahl an. Zu den bestplatzierten Bayern auf der ödp-Liste gehören der Regensburger Arzt und Vorsitzende der Kinderhilfe Afghanistan Dr. Reinhard Erös (Platz 3) sowie ödp-Landesvorsitzender Bernhard Suttner auf Platz 5 der bundesweiten ödp-Liste, die der ödp-Bundesparteitag in Heilbronn aufgestellt hat. Als ödp-Europakandidat will sich Bayerns ödp-Chef Bernhard Suttner vor allem gegen die Freisetzung genmanipulierter Pflanzen, gegen eine EU-Förderung für zusätzliche osteuropäische Atomreaktoren und gegen den EU-Reformvertrag einsetzen, der nach seiner Ansicht „die Demokratie durch die Hintertür aushebelt“. Beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe haben ödp-Vorsitzender Buchner und ödp-Vorstandsmitglied Hermann Striedl deshalb bereits eine Klage gegen den EU-Reformvertrag eingereicht. Auch den Embryonenverbrauch in den Forschungslabors will die ödp im Wahlkampf anprangern.

"Alle ödp-Kandidatinnen und -Kandidaten treten dafür ein, dass Europa von seiner reinen Wirtschaftsorientierung befreit wird. Wir wollen Europa zu einer Wertegemeinschaft weiterentwickeln, in der die regionalen Qualitäten nicht nur geachtet, sondern auch gefördert werden", erklärte Suttner in seiner Vorstellungsrede.

Den Europawahlkampf will der bayerische ödp-Vorsitzende auch nutzen, um über die Mängel des sogenannten EU-Reformvertrages von Lissabon aufzuklären, gegen den mehrere Verfassungsbeschwerden vorliegen. „Die EU ist wichtig. Aber es werden ihr Kompetenzen ohne echte demokratische Kontrolle übertragen. Und das hebt die Demokratie durch die Hintertür aus“, so Suttner.

Der ödp-Landesvorsitzende will auch erreichen, dass die EU der tschechischen Regierung Hilfen bei der Stilllegung des Risikoatomkraftwerkes Temelin anbietet. Sowohl die frühere rot-grüne Regierung als auch die derzeitige große Koalition hätten bei der EU-Verfassungsdebatte „akzeptiert, dass die seit 1957 geltende Verpflichtung der EU zur Atomkraftförderung (Euratom-Vertrag) bestehen bleibt. Wenn Temelin demnächst erweitert wird, kann es passieren, dass das auch noch von der EU mit unseren Steuergeldern bezuschusst wird“, kritisiert Suttner.

Rückfragen beantwortet Ihnen gerne die Landesgeschäftsstelle unter [Presseservice@oedp-bayern.de](mailto:Presseservice@oedp-bayern.de) oder Tel. (0851) 93 11 31, Fax 93 11 92.